

Beschluss (alle Ziffern gegen die Stimmen von AfD,
Ziffern 3 und 6 gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER
und FDP BAYERNPARTEI,
Ziffer 5 gegen die Stimmen von FDP BAYERNPARTEI):

1. Die Landeshauptstadt München übernimmt die in Punkt 3 vorgestellte Arbeitsdefinition Rassismus des DeZIM in ihr Verwaltungshandeln und stellt deren Umsetzung durch geeignete Maßnahmen (insbesondere Kommunikation gegenüber allen Mitarbeiter*innen, Etablierung von Melde- bzw. Verfahrenswegen) sicher. Dabei ist die Fachstelle für Demokratie einzubeziehen.
2. Die Aufgaben der Fachstelle für Demokratie gegen Rassismus sind künftig wie folgt:
Die Fachstelle für Demokratie
 - dient den Selbstorganisationen der von Rassismus betroffenen Communities in der Landeshauptstadt München als Ansprechpartnerin für Anliegen, die die Stadtverwaltung betreffen,
 - koordiniert das städtische Verwaltungshandeln zum Thema und befördert die fachliche Auseinandersetzung der Verwaltung mit den verschiedenen Formen von Rassismus,
 - berät die verschiedensten Verwaltungsbereiche, städtischen Eigenbetriebe und Unternehmen zum Thema Rassismus und zum Abbau von Rassismus,
 - bietet zu diesem Zweck bei Bedarf bereits seit 2022 zusammen mit dem POR Fortbildungen für die Münchner Stadtverwaltung, städtische Eigenbetriebe und Unternehmen an (> siehe „Den Menschen im Blick“),
 - koordiniert das Thema stadtweit und entfaltet Aktivitäten beispielsweise über die Koordination des Veranstaltungsprogramms zu den „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ und durch einzelne Veranstaltungen innerhalb des Programms.
3. Die Fachstelle für Demokratie wird um 1 VZÄ erweitert. Das Direktorium wird beauftragt, die Einrichtung von 1,0 VZÄ für eine*n wissenschaftliche*n Mitarbeiter*in bei der Fachstelle für Demokratie (Schwerpunkt Anti-Rassismus-Arbeit) sowie die Stellenbesetzung durch das Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.
4. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die beantragte Stelle keinen zusätzlichen Büroraumbedarf auslöst.
5. Es wird ein Aktionsfonds gegen Rassismus und für die Förderung von anti-rassistischem Engagement bei der Fachstelle für Demokratie eingerichtet. Dieser umfasst zunächst 40.000 Euro/Jahr. Daraus werden insbesondere Aktivitäten

gegen Rassismus in München gefördert bzw. durchgeführt und anti-rassistisches Engagement in München befördert. Durchgeführt werden sollen aus diesen Mitteln auch Empowermentmaßnahmen /-workshops in Institutionen und Einrichtungen in München, in denen Menschen von Rassismus betroffen sind.

6. Das Direktorium wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 146.930 Euro für die Jahre 2024 ff. im Rahmen der regulären Haushaltsplanaufstellungsverfahren anzumelden.
Das Produktkostenbudget des Produktes P31111100 Gemeindeorgane erhöht sich damit in den Jahren 2024 ff. um jeweils 146.930 Euro. Im Ergebnishaushalt sind zusätzlich Mittel für etwaige erforderliche Pensions- und Beihilferückstellungen bei einer Beamt*innenbesetzung in Höhe von etwa 34.056 Euro (40 % des Jahresmittelbetrages für A 14: 85.140 Euro) zu berücksichtigen.
7. Die Anträge Nr. 20-26 / A 02137 und Nr. 20-26 / A 04381 sind damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
8. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.